

Erscheint täglich  
früh 6<sup>1/2</sup> Uhr.

Redaction und Expedition  
Johannisstraße 33.  
Verantwortlicher Redacteur  
Bismarck 10-12 Uhr.  
Nachmittags 4-5 Uhr.

Die die Abgabe einzelner Manu-  
scripte macht sich die Redaction nicht  
verantwortlich.  
Nachnahme der für die nächst-  
folgende Nummer bestimmten  
Anzeigen an Wochentagen bis  
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-  
und Festtagen früh bis 1<sup>1/2</sup> Uhr.  
In den Fällen für Inf.-Anzeigen:  
Otto Krumm, Universitätsstr. 22,  
Pauls Kirche, Katharinenstr. 18, p.  
nur bis 1<sup>1/2</sup> Uhr.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,250.

Abonnementpreis vierteljährlich 6<sup>1/2</sup> Mk.,  
incl. Frangirlos 5 Mk.,  
durch die Post bezogen 6 Mk.  
Jede einzelne Nummer 25 Pf.  
Belegexemplar 10 Pf.  
Gebühren für Extrablätter  
ohne Postbeförderung 50 Pf.  
mit Postbeförderung 40 Pf.  
Jahrespreis 50 Pf. Zeitungs 20 Pf.  
Erhöhter Ertitel laut unserem  
Preisverzeichnis — Labellarischer  
Satz nach letzterem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionstisch  
die Spalte 40 Pf.  
Inserate sind stets an d. Expedition  
zu senden. — Rabatt wird nicht  
gegeben. Zahlung pro anno  
oder durch Postnachschuß.

№ 334.

Donnerstag den 4. November 1880.

74. Jahrgang.

## Bekanntmachung.

Im Hofe der hiesigen Gaskanalt sollen  
Sonntags, den 13. November d. J. Nachmittags 3 Uhr  
ungefähr 37,000 Kilo altes Subseifen,  
4800 Schmelzstein incl. Bleche und  
ein defecter alter, seit 29 Jahren in Gebrauch gewesener Flammenrohr-Dampfkessel im Ge-  
wichte von 1875 Kilo  
in drei unter sich getrennten Partien an den Meistbietenden, jedoch mit Vorbehalt der Kaufwahl unter den  
Bedingungen, öffentlich versteigert werden.  
Die Versteigerungsbedingungen sind im Bureau der Gaskanalt einzusehen, auch gegen Erlegung der Copialien  
baldmöglichst in Abschrift zu erhalten.  
Leipzig, den 28. October 1880.

Des Rath's Deputation zur Gaskanalt.

## Bekanntmachung.

Nach den Besten des Herrn Geheimen Rath Professor Dr. Kolbe betrug die Leuchtkraft des hiesigen  
Leuchtgas im Monat October das 1/3fache von der der Normalleuchte, bei 0,486 spezifischem Gewicht.  
Leipzig, den 2. November 1880.

Des Rath's Deputation zur Gas-Ankalt.

## Das Finanz-Exposé Bitter's.

Berlin, 2. November. Wenn jemals, so  
war diesmal die Spannung gerechtfertigt, mit  
welcher dem Finanz-Exposé des Herrn Bitter bei  
der Ueberreichung des Etats auf 1881/82 entgegen-  
gesehen wurde. Und in der That wird man der  
Rede des Ministers die Anerkennung nicht ver-  
sagen können, daß sie von seltener Offenheit auch  
in solchen Punkten war, wo ein klares Aussprechen  
vermuthlich gar nicht im Plane des Redners ge-  
legen hätte, und wo demnach die Logik der wirt-  
schaftlichen Verhältnisse die Logik der Worte berichtigte.  
Freilich, wer erwartet hatte, eine ausreichende  
Begründung für die Art und Weise zu finden,  
wie trotz eines Deficits von nominell 39  
Millionen doch ein Ueberschuß von 23 Millionen  
herauszubekommen sei, und wie es zu rechtfertigen  
sein solle, von diesem angeblichen Ueberschuß  
14 Millionen zu Steuern zu verwenden, das  
müßte sich wohl getäuscht fühlen.  
Es ist aber die wahre Natur dieses Steuer-  
erlasses, der, wo er überhaupt mit nennenswerthen  
Bittern im Gewicht fällt, dies nur bei den  
wohlhabenderen Steuerpflichtigen thut, dagegen den  
Kernern fast gar nicht zu Gute kommt,  
schon ausführlich genug gesprochen worden. Nicht  
daran lag denn auch der Werth, welchen  
die Ausführungen des Ministers beanspruchen  
können, sondern in der ganz neuen Perspektive,  
welche er auf die organische Verbindung der  
Steuerreform in Preußen und im Reich eröffnete.  
Allerdings haben die Coburger Conferenzen bereits  
zu dem Resultat geführt, daß die Erträge der dem  
Reichstag neu vorzulegenden Börsen-, Brau- und  
Weinsteuern nicht in die Cassen des Reichs, sondern  
in diejenigen der Einzelstaaten abgeführt werden  
sollen, eben zu dem ausgesprochenen Zweck, hier zur  
theilweisen Ersetzung der direkten durch indirekte  
Steuern, resp. zur Ueberweisung einzelner direkter  
Steuern an die Communen zu dienen. Aber immer  
und bei allen entsprechenden finanziellen Auf-  
machungen war als feststehend angenommen wor-  
den, daß nur bis zur Höhe des Ertrages jener  
drei Steuern, also etwa bis zum Betrage von 50,  
höchstens 60 Mill. Mark eine Steuerreform in die  
Wege geleitet werden soll.

Jetzt behauptet sich der Finanzminister, daß diese  
Summe nicht ausreichen würden, daß vielmehr  
105 bis 110 Millionen neuer Bewilligungen  
vom Reichstag gefordert werden würden, und  
daß allein für Preußen 64 bis 70 Millionen  
hierzu abfallen müßten, um die Reform durch-  
zuführen. Das sind keine sehr tröstlichen  
Aussichten für den Reichstag, und die Verant-  
wortung des Abgeordnetenhauses für die weiteren  
Consequenzen der Steuerermäßigung wird sich in  
demselben Maße erhöhen müssen, als sich seine  
Mitglieder klar darüber werden, zu welchen wahr-  
haft kolossalen Bewilligungen sie den Reichstag  
eventuell engagiren würden. Denn darüber ist ja  
wohl alle Welt einig, daß es ein Zurück auf der  
betretenen Bahn nicht mehr geben kann, daß die  
Steuererlässe nicht in diesem Jahre gewährt und  
im nächsten zurückgenommen werden können, und  
daß das Schicksal dieses jetzigen Steuerreform-  
plans entscheidend sein wird für die finanziellen  
Verhalten an den Reichstag.

Die Rede des Finanzministers wurde, wie natür-  
lich, im Hofe des Abgeordnetenhauses sehr lebhaft  
besprochen; wir glauben sagen zu können, daß  
nichts an derselben mißfällig aufgenommen wor-  
den ist, als dieser Vorstoß auf die Zukunft, als dieser  
geschicklich sein sollende und demnach herrlich unge-  
schickte Captivationsversuch der preussischen  
Volksvertretung durch die in Aussicht gestellte  
Grosenthum der gesammten Nation. Und viel-  
leicht liege man sich diese Art, zu „reform-  
miren“, nach gefallen, wenn es Herrn Bitter  
gelungen wäre, über die Quellen, aus denen das  
Reich solche Schätze sammeln soll, ein freundliches  
Wort zu verbreiten. Pell genug war aller-  
dings die Beleuchtung, welche er den Reichstags-  
plänen angedeihen ließ. Wir erfahren hierdurch,

daß das Project einer Erhöhung der Braun-  
weinsteuer vorerst keine Gnade in Friedrichsruhe  
gefunden, denn so und nicht anders muß doch wohl  
die vorläufige Art gedeutet werden, mit der von  
„Erhebungen“ gesprochen wird, die noch zu keinem  
Abschluß geführt haben u. s. w.“ Wir erfahren  
aber auf der anderen Seite, daß eine Erhöhung  
der Tabaksteuer keineswegs ausgeschlossen ist, daß  
also der ganze Wirrwarr von Geschäftshandlungen,  
Untersuchung von Erfindungen und Bedrohungen  
einer künftigen Industrie aufs Neue beginnen soll.  
Hierfür also soll das Abgeordnetenhaus den Reich-  
stag engagiren!

Es wird sich wohl späterhin Gelegenheit genug  
finden, auf diese Verteilung von neuen Belastungs-  
plänen mit der schätzbaren Wohlthat einer Steuer-  
minderung einzugehen. Für jetzt ist das Eine  
evident, daß es nämlich Herrn Bitter so wenig  
wie der Thronrede gelungen, das Ministerium in  
diese „Wohlthat“ zu zerren und die letztere einem  
nüchternen Verbrauchs plausibel zu machen.

## Politische Uebersicht.

Leipzig, 3. November.

Das gestern noch telegraphisch mitgetheilte  
officiöse Dementi der Norddeutschen Allgemeinen  
Zeitung, welches die Nachricht von der Kanzler-  
krisis erfuhr, kann natürlich nicht hindern, daß  
die öffentliche Meinung sich noch immer lebhaft  
mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Vieles hört  
man, wie aus Berlin verläutet, daß die Meinung  
äußern, daß nur mißverständliche Auffassungen zu  
jenen Gerüchten Veranlassung gegeben haben  
können, doch wird auf der anderen Seite auch zu-  
gegeben, daß Herr Bismarck bei der Befehung des  
Staatssecretariats für das Auswärtige zu unter-  
leht noch, seitdem schon ein halbes Jahr lang  
Graf Hatzfeldt für den designirten Leiter der  
auswärtigen Angelegenheiten gegessen hatte,  
Schwierigkeiten gefunden habe. Wenn da wirklich  
ein „Hölling“ eine Rolle gespielt hat, so wäre es  
doch wenig angebracht, gerade auf den, ultra-  
montanen Tendenzen längst bezichtigten Oberpost-  
meister der Kaiserin, Grafen Kesselrode, zu  
rathen, der doch unmöglich gegen seinen eigenen  
Schwager agitirt haben kann. Graf Kesselrode ist  
nämlich seit 27 Jahren mit der einzigen Schwester  
des jetzigen Votschalters in Konstantinopel, Grafin  
Melanie, verheiratet. Biel wahrscheinlicher ist,  
was früher schon angedeutet wurde, daß das Ver-  
hältnis des Grafen Paul zu seiner Frau, einer  
blutigen Amerikanerin, Namens Selene Rouillon,  
die seit Jahren getrennt von ihm in Paris lebe,  
einigen Anstoß erregt hat. Da aber trotz der  
katholischen Confession der Eheleute und des Um-  
standes, daß zwei Kinder aus der Verbindung ent-  
sprossen sind, die Ehe jetzt förmlich geschieden sein  
soll und auch nach einer anderen Richtung hin die  
Verhältnisse des Grafen jetzt geordnet sind, so hat  
wohl Herr Bismarck nicht allzu große Mühe ge-  
habt, jene Schwierigkeiten zu überwinden.

Die gelegentlich der Präsidentenwahl im  
preussischen Abgeordnetenhaus hervorgetretene  
Spaltung der conservativen Partei wird  
von dem rechten Flügel derselben offenbar sehr  
schmerzlich empfunden. Die „Kreuzzeitung“, die  
mit ihren Sympathien auf Seiten der „hierarchisch-  
feudalen“ Gruppe steht, bemüht sich vergeblich,  
die Bedeutung der jüngsten parlamentarischen Ereig-  
nisse abzuschwächen und das offenkundige Vor-  
handensein einer tiefgehenden Spaltung im con-  
servativen Lager einfach abzuleugnen. Dieses Ver-  
leugernsmanöver wird wohl nirgends einen sehr  
überzeugenden Eindruck machen. Ob der formelle  
Verband der beiden conservativen Richtungen sich  
schon so bald auflösen wird, mag bezweifelt werden.  
Die ehemaligen Alt- und Neu-conservativen haben  
trotz aller grundsätzlichen Meinungsverschieden-  
heiten doch zu viel Interesse, ihre Nachstellung  
nicht durch Zerstückelung zu schwächen, und die  
von der „Kreuzzeitung“ bezogte Taktik, die Diffe-  
renzen abzuleugnen, bzw. als ganz untergeordnet  
und vorübergehend erscheinen zu lassen, mag wohl

für die nächste Zeit die officielle Taktik der Partei  
bleiben. Die Geschehnisse der gegenwärtigen  
Sessien sind insgesamt nicht der Art, um große  
Partei- und Principienkämpfe zu erzeugen; sie be-  
günstigen das Vertuschen und Abschwächen be-  
stehender Gegensätze, und so mag wohl die Täu-  
schung von einer großen einigen conservativen  
Partei noch eine Zeitlang aufrecht erhalten werden.  
Aber eine Täuschung bleibt es darum doch. Die  
Regierung, der jetzt offenbar das Ueberwuchern  
der hochkirchlich-feudalen Elemente unangenehm  
und bedenklich zu werden beginnt, hat an dem  
Emporkommen derselben einen wesentlichen Theil  
der Mitschuld; sie hat bei den letzten Wahlen un-  
besehen Alles unter ihre Protection und Gunst  
genommen, was sich conservativ nannte; sie hat  
im Gegentheil den Liberalismus auch in seiner  
gemäßigtsten Gestalt bitter bekämpft. Wenn die  
conservative Partei in ihrer Mehrzahl eine Bahn  
eingeschlagen hat, die den Absichten des leitenden  
Staatsmannes nicht mehr entspricht, so war dies  
bei der Tradition und dem Emporkommen der hoch-  
kirchlich-feudalen Reaktionspartei mit Nothwendig-  
keit vorauszusehen.

Wie uns aus Berlin gemeldet wird, hat jetzt  
die Affaire Werner endlich ihren Abschluß  
gefunden, der aber der Sache evangelischer Frei-  
heit nicht zur Förderung gereicht. Die kleine un-  
schuldige Minorität der St. Jacobi Gemeinde,  
welche gegen die Wahl des freisinnigen Guben-  
er Predigers wie früher gegen die Hübner's protestirt  
hatte, ist am Ziel ihres Strebens; Werner wird,  
wie der orthodoxe Pfarrer Ditschhof vorausver-  
kündet hat, die Kanzel von St. Jacobi nicht be-  
treten. Er hat es abgesehen, sich zu dem ihm  
vom Oberkirchenrath und Generalsynodalvorstand  
angebotenen Colloquium zu stellen, und erklärt,  
definitiv in Guben bleiben zu wollen, selbstver-  
ständlich zur großen Freude seiner dortigen Ge-  
meinde. Aber die Berliner Jacobi-Kirche wird  
wieder vor eine Neuwahl gestellt, die, so lange  
in Preußen das jetzige geistliche Regiment am  
Ruder ist, kein anderes Resultat ergeben dürfte  
als die beiden früheren, nämlich die Verurteilung  
eines gebildeten Theologen, dem die Belastung die  
Befähigung nicht gönnen werden.

Ueber das Besinden des Reichskanzlers  
liegen verschiedene einander widersprechende Nach-  
richten vor. Von der einen Seite wird es als  
hervorragend gut geschildert, während von der  
anderen Seite behauptet wird, Herr Bismarck sei  
seit einigen Tagen wieder leidend.  
Der kaiserliche Votschalter Prinz Reuß hat  
Wien mit Urlaub verlassen. Während seiner  
Abwesenheit fungirt der Legationsrath Graf von  
Bayer als interimistischer Geschäftsträger. —  
Der kaiserliche Votschalter Herr von Reudell ist  
vom Urlaube nach Rom zurückgekehrt und hat  
die Geschäfte wieder übernommen.

In diplomatischen Kreisen zu Pest beschäftigt  
man sich vielfach mit dem lebhaften Verkehr, der  
zwischen dem deutschen Votschalter Prinzen Reuß  
und dem Cardinal Jacobini vor dessen Abreise  
nach Rom stattgefunden hat. Prinz Reuß stattete  
dem neu ernannten Staatssecretair der Curie  
wiederholt Besuche ab und conferirte sehr lange  
mit demselben. Man erzählt, Prinz Reuß sei mit  
dem Ergebnisse dieser Unterredungen sehr zufrieden  
gewesen und habe darüber sehr eifrig nach Berlin  
berichtet. Auch ist es nicht unbedeutend geblieben,  
daß Prinz Reuß an dem vom Cardinal Haynald zu  
Ehren Jacobini's veranstalteten Abschiedsdiner  
theilgenommen und auch bei dieser Veranstaltung  
mit dem Cardinal-Staatssecretair sich sehr ein-  
gehend unterhalten hat. — Die aus Frankreich  
vertriebenen Jesuiten scheinen ihre Aufmerksam-  
keit wegen ihres künftigen Domicils auf Oester-  
reich zu lenken. Seit kurzem gehen in Austerlich  
Gerüchte, wonach dieser Ort als Aufnahmestätte  
ausgewiesener französischer Jesuiten anzu-  
sehen sei, und es sollen auch schon Unterhandlungen wegen  
Ankaufes eines dortigen größeren Anwesens im  
Zuge sein.

Die montenegrinisch-albanesische Ver-  
wicklung legt aller Welt eine sehr harte Schuld-  
probe an. Nach Peterburger Nachrichten erscheint  
ein Zusammenstoß der Dalcignoten mit den  
Montenegrinern nach deren Einmarsch in  
Dalcigno unvermeidlich. Wenngleich die Thatsache  
bei der Klammung Dalcignos weitere Schwierig-  
keiten nicht machen wird, so haben die türkischen  
Besatzhaber doch Alles gethan, um die Leben-  
skosten der Bevölkerung auf das Neueste zu  
erregen, ein blutiger Widerstand gegen die neuen  
Herrscher Dalcignos wird deshalb nicht zu ver-  
meiden sein. Die Voraussetzung, daß die Albanesen  
nicht gütlich in den ruhigen Besitz Dalcigno's  
selbst der Montenegriner sich fügen würden, hat  
trotzdem schon ihre Bestätigung in der Meldung

gefunden, wonach die Albanesen Riza Pascha mit  
Erfolg angegriffen hatten.

Dem Ministerium Ristic in Serbien ist ein  
Ministerium Pirotschanac gefolgt. Herr Ristic  
hat es also doch nicht vermocht, seine Unentbehr-  
lichkeit im Konal des Fürsten Milan so überzeu-  
gend darzutun, als seine Organe die Welt glauben  
machen wollten. Es sind die Jungconservativen,  
welche das Ruder in die Hand nehmen; man kann  
ihnen vorläufig weder ein günstiges noch ein un-  
günstiges Horoskop stellen.

In Petersburg bringt man in unterrichteten  
Kreisen die Verfassung des Wirkl. Geheimraths  
Kasa, Präsidenten des Departements der  
Staatsökonomie im Reichrath, nach Livadia in  
Verbindung mit dessen beabsichtigter Ernennung  
zum Finanzminister an Stelle Greig's. Dunge  
bleibt seines vorgerückten Alters wegen Gehülfe  
des Finanzministers, speciell für die Geschäfte der  
Reichsbank und der Creditbillet-Emission. Gleich-  
zeitig verläutet, Boris Melikow's Ernennung  
statt Balujew's zum Präsidenten des wesentlich  
reorganisirten Ministercomité, so wie die des  
Wirkl. Geheimraths Kochanow, jetzigen Gehülfen  
Boris Melikow's, zum Minister des Innern sei  
nabe bevorstehend.

Nach Pariser Nachrichten hat die verfallene  
Abreise des deutschen Geschäftsträgers, des frü-  
heren Gesandten Deutschlands in Athen, von Ra-  
dowik, seine unmittelbare beunruhigende Be-  
deutung bezüglich der griechischen Frage, wie  
man in Paris in politischen Kreisen annehmen  
wollte. Doch legen alle Kräfte Werth darauf,  
in gegenwärtigen Augenblicke in Athen durch ihre  
Gesandten vertreten zu sein. Daher wird auch  
der französische Gesandte de Wony demnächst  
dorthin abgehen. Am Montag machte Herr von  
Radowik Sambetta einen Abschiedsbesuch. Dieser  
wie Grevy überhäufte ihn mit Dankfügungen,  
daß er ganz im Geiste des Votschalters, welchen  
er vertrat, zur Erwirkung der Beziehungen  
zwischen Frankreich und Deutschland erfolgreich  
beigetragen hätte. Es wird ferner gemeldet, daß  
beide Regierungen auch in Athen durchaus analoge  
Tendenzen verfolgen.

Römische Blätter verbreiten eine Sensations-  
nachricht. Vor einigen Tagen hieß es in der  
ewigen Stadt, die Königin Margherita  
von Italien habe als Kaiserin der Billa Cante,  
in der ein Frauenfloster war, gegen die gesell-  
schaftliche Säkularisirung derselben protestirt. Dazwischen  
unliebsame Commentare in der Presse, namentlich  
in der radicalen, welche die Königin offen angreift.  
Da die ganze Angabe in dem streng constitutionellen  
Italien unwahrscheinlich klang, wurde sie von  
römischen Correspondenten nicht für correct ge-  
halten. Jetzt wird officiell erklärt, daß der  
Intendant des Vermögens der Königin, Graf  
Doria, allerdings im Namen seiner Herrin einen  
Protest erlassen hat, aber nicht, um den geistlichen  
Charakter des Etablissemens zu schützen, sondern  
um gewisse Anrechte der Königin an dem Besitz  
der Billa Cante gerichtlich zum Austrag bringen  
zu lassen.

Der alte Garibaldi genießt in Italien  
eine fast allseitige Verehrung. Bei seiner An-  
kunft in Mailand waren am Bahnhof wohl  
100,000 Menschen versammelt, die mit einem Enthusiasmus ihren Liebling empfingen, welcher dem  
im Jahre 1859 nicht nachstand. Der großartige  
Zug durchlief die Corsostraße, den Theaterplatz  
und den Donplog. Das Gedränge war so hart,  
daß ein der vor den Wagen Garibaldi's gespann-  
ten Pferde von der Menschenmenge niedergedrückt  
und todgetreten wurde. Der Volkzug begleitete  
den Wagen bis zum Hotel de Ville, wo Garibaldi  
abstieg und vom Bürgermeister begrüßt wurde.  
Garibaldi war zu lebend, um dem Banke des  
Volkes zu entsprechen und auf dem Balkon zu er-  
scheinen. An seiner Stelle erschien sein in jüngster  
Zeit vielgenannter Schwiegersohn, der General  
Canzio, welcher eine Ansprache an die Menge  
hielt. Der Erzherzog Ismail Pascha, welcher  
mit Garibaldi in demselben Hotel wohnt, besuchte  
ihn sofort.

Die vom Vatican inspirirte „Italia“ schreibt  
aus Rom: „Der Cardinal-Erzbischof von Mecheln  
hat häufige Unterredungen mit dem Pops gehabt,  
um festzustellen, welche Haltung der Clerus der  
belgischen Regierung gegenüber annehmen soll.  
Diese Unterredungen haben indessen eine Unter-  
brechung erfahren insofern der aus Brüssel ein-  
gegangenen Meldung, daß die Regierung alle von  
1831 bis 1879 zwischen ihr und dem Vatican aus-  
getauschten Schriftstücke durch den Druck veröffent-  
lichen wolle. Man will der Vatican, bevor er eine  
Entscheidung trifft, abwarten, was die Regierung  
nach jener Veröffentlichung weiter thun wird.“  
Das Journal „Gien public“ veröffentlicht ein  
längeres aus Rom datirtes und vom Papst  
unterzeichnetes Document, durch welches dem ehe-  
maligen Bischof von Tournai, Dumont, jede